

Beschluss C 34 des 18. Parteitags der CDU Deutschlands

Im deutschen Interesse:

Integration fördern und fordern, Islamismus bekämpfen!

Deutschland ist ein weltoffenes Land, in dem Deutsche und Ausländer friedlich zusammen leben und arbeiten. Die CDU setzt sich für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Mitbürgern ausländischer Herkunft ein. Wir lehnen entschieden jede Form von Abgrenzung, Diskriminierung und Gewalt ab und damit auch jede Form von Ausländerfeindlichkeit.

Keine Gesellschaft ist in der Lage, neben humanitärer Zuwanderung unbegrenzte weitere Zuwanderung zu verkraften. Es liegt im unserem nationalen Interesse, die Zuwanderung qualitativ und quantitativ zu steuern und darüber hinaus Maßnahmen zu ergreifen, die den zugewanderten Menschen helfen, sich in den gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten zurecht zu finden und ihre neue Umgebung mehr und mehr als Heimat zu erfahren und anzunehmen.

1. Ein wesentlicher Maßstab für die Entscheidung, wie viel Zuwanderung eine Gesellschaft verkraften kann, sind Bereitschaft und Fähigkeit der aufnehmenden Gesellschaft, Menschen aus anderen Kulturen zu integrieren. Fehlt der Wille der Zuwanderer, sich zu integrieren, wird die Integrationskraft einer Gesellschaft überfordert, es bilden sich Parallelgesellschaften mit der Gefahr erheblicher sozialer Spannungen, welche die Integration der nachwachsenden Generationen erschweren.

Integration bedeutet für uns die Akzeptanz allgemein geteilter Grundwerte und -normen. Integration bedeutet zugleich die Akzeptanz kultureller Verschiedenheit auf der Basis dieser allgemein geteilten Grundwerte. Diese aus der abendländisch-christlichen Tradition entwickelten Werte – allen voran Menschenwürde, Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und die Gleichheit von Mann und Frau – sind universelle Werte. Sie stehen nicht zur Disposition und dürfen nicht multikultureller Beliebigkeit geopfert werden. Sie sind die Grundlage unseres

Grundgesetzes. Die Regeln unseres Zusammenlebens stehen im Grundgesetz und sind damit für alle Bürgerinnen und Bürger verbindlich. Wer unsere Wertordnung – unsere freiheitliche demokratische Leitkultur - ablehnt oder sie gar verhöhnt und bekämpft, für den ist in unserem Land kein Platz.

Die Einbürgerung erfolgt künftig im Rahmen eines feierlichen Aktes.

2. Das sichere Beherrschen der deutschen Sprache ist eine unverzichtbare und durch nichts zu ersetzende Voraussetzung einer gelungenen Integration. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss auch bereit sein, die deutsche Sprache zu erlernen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Nachzug von Kindern nach Deutschland in der Regel vor dem sechsten Lebensjahr erfolgen. Bereits im Vorschulalter muss mit der Sprachausbildung begonnen werden. Wenn im vierten Lebensjahr durch Sprachtests gravierende Defizite festgestellt werden, muss ein Sprachkurs besucht werden. Kinder von Zuwanderern, die zum Zeitpunkt der Einschulung noch nicht über hinreichende Deutschkenntnisse verfügen, müssen vom Schulbesuch zurückgestellt werden, um in Sonderkursen zunächst hinreichend die deutsche Sprache zu erlernen. Es muss darüber hinaus sichergestellt werden, dass auch Mädchen aus Zuwandererfamilien am Unterricht der Schule in allen Fächern teilnehmen.

Die Wissensgesellschaft der Zukunft muss eine Wertegesellschaft sein. Dies geht nicht ohne einen fundierten Religionsunterricht, denn wer seine religiösen und kulturellen Wurzeln nicht kennt, wird kein solides Wertefundament für sein Leben und damit auch nicht die Fähigkeit zur Integration entwickeln. Deshalb hält es die CDU für wünschenswert, dass islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in deutscher Sprache und unter deutscher Schulaufsicht angeboten wird. Dieser Unterricht soll durch in Deutschland ausgebildete Lehrer erteilt werden; Voraussetzung dazu ist, dass das Fach Islamische Theologie verstärkt an deutschen Hochschulen angeboten wird. Hier könnten auch Imame ausgebildet werden.

3. Wer als Erwachsener nach Deutschland zuwandert, muss künftig an verpflichtenden Integrationskursen teilnehmen, in denen die deutsche Sprache in Wort und Schrift erlernt wird. In solchen Kursen sollen überdies Grundlagen der deutschen Verfassungs- und Rechts-

ordnung sowie Kenntnisse über unsere Geschichte und Kultur vermittelt werden.

Die Vergabe von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen, die Festlegung von Einbürgerungsfristen und die Gewährung von Ansprüchen auf berufliche Fortbildungsmaßnahmen sollen künftig an den Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an einem Integrationskurs gebunden werden.

Gegen Zuwanderer, die die Teilnahme an einem Integrationskurs verweigern oder die ihrer Teilnahmepflicht nur unzureichend nachkommen, müssen künftig wirksame Sanktionen verhängt werden. Dazu zählen der mindestens teilweise Verlust des Anspruchs auf soziale Transferleistungen, die Versagung der Aufenthaltsverlängerung bis hin zur Beendigung des Aufenthaltes in Deutschland und die Verhängung von Bußgeldern.

Wir fordern die deutsche Wirtschaft auf, für eine bessere Integration ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsplatz zu sorgen und zur Teilnahme an Sprachkursen zu drängen. Der Arbeitsplatz ist oft der einzige Kontakt von Ausländern in die Gesellschaft. Dies muss in Zukunft besser genutzt werden, um die Integrationsbereitschaft der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu fördern und die Sprachkenntnisse ihrer Kinder voranzubringen.

4. Besondere Anstrengungen sind erforderlich, um die aus dem islamischen Kulturkreis nach Deutschland zugewanderten Frauen und Mädchen in unsere Gesellschaft zu integrieren. Sie stammen oft aus Gesellschaften, in denen die Gleichberechtigung der Geschlechter abgelehnt und soziale Umgangsformen zwischen Männern und Frauen gepflegt werden, die die Würde von Frauen eklatant verletzen. Wir erwarten von Zuwanderern, die in Deutschland leben wollen, das Bekenntnis zur Universalität der Menschenrechte und eine klare und praxisfeste Distanzierung von der Scharia als weltlichem Gesetz. Wir wollen, dass Zwangsverheiratung ein Straftatbestand wird mit der Konsequenz, dass in diesen Fällen eine Ehe für nichtig erklärt werden kann. Außerdem müssen junge Frauen und Mädchen besser über ihre Rechte aufgeklärt und bei der Bekämpfung von Zwangsverheiratungen und anderen Einschränkungen persönlicher Grundrechte unterstützt werden. Junge Migrantinnen dürfen nicht um ihre

Bildungschancen gebracht und um ihre Freiheitsrechte betrogen werden. Die Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen sollen dieses Problem zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit machen. Das Kopftuch einer Lehrerin in unseren öffentlichen Schulen lehnen wir ab, weil es in der inner-islamischen Diskussion auch als Zeichen kultureller Abgrenzung und für den politischen Islamismus steht.

5. Bisher gibt es in Deutschland nur unzureichende Strukturen des Dialogs im Sinne nachhaltiger Integration. Dies liegt vor allem auch daran, dass die muslimischen Spitzenverbände sich nach wie vor in erster Linie als Vertreter ihrer besonderen Anliegen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft verstehen und eher die kulturelle und religiöse Differenz als den Willen zur Integration betonen. Die CDU fordert ein Umdenken der Verbände, die sich stärker als bisher der Integration in die deutsche Gesellschaft widmen sollten. Um in dieser Hinsicht glaubwürdig zu sein, sollten sie sich klar und deutlich von den politischen Strukturen in den Herkunftsländern lösen und ihre Binnenstrukturen demokratisch gestalten und öffentlich transparent machen.

Die CDU fordert deshalb, dass sich die Muslime in Deutschland so organisieren, dass der Staat unter ihnen verlässliche und verfassungstreue Ansprechpartner findet.

Muslimische Geistliche (Imame) kommen in der Regel für nur wenige Jahre aus ihren Heimatländern nach Deutschland. Sehr oft ist ihnen die Lebenswirklichkeit in Deutschland völlig unbekannt. Einige von ihnen verbreiten daher Ansichten und Koraninterpretationen, die mit dem gesellschaftlichen Leben und der Rechtsordnung in Deutschland nicht in Einklang zu bringen sind. Dadurch wird das Gedankengut des Islamismus unterstützt und eine gefährliche, religiös begründete Kluft zwischen den Zuwanderern und der deutschen Gesellschaft geschaffen.

Wir wollen, dass islamische Geistliche künftig die deutsche Sprache beherrschen, die Lebenssituation der Muslime in Deutschland genau kennen und auf Integration hinwirken. Sie sollen in Zukunft auch in Deutschland ausgebildet werden können. Wir fordern von den islamischen Verbänden, dass sie ihre Integrationsbereitschaft an dieser Stelle ganz deutlich

dokumentieren.

6. Der Islamismus ist eine der größten Herausforderungen für unsere freiheitlichdemokratische Grundordnung. Den Islamismus muss man jedoch klar vom Islam abgrenzen. Er ist eine totalitäre Ideologie innerhalb des zeitgenössischen Islam, aber er ist nicht „der“ Islam. Der Islamismus ist eine ideologische Reaktion auf die Moderne und versteht sich als radikale Opposition gegen die westliche Zivilisation und ihre Grundlagen.

Eine Minderheit von Muslimen in Deutschland versucht, den islamischen Glauben im Sinne des Islamismus zu instrumentalisieren, um unsere grundlegende Wertordnung in Frage zu stellen, die Distanz der Muslime zur Mehrheit der Bevölkerung zu vergrößern und bestehende Parallelstrukturen zu vertiefen und zu verfestigen. Diese Islamisten lehnen Demokratie, Menschenrechte, Pluralismus und Säkularisierung ab und streben eine absolute Herrschaft des Islam an.

Der politische und in Teilen auch offen terroristische Islamismus verfügt über ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein bis hin zum Fanatismus. Der Islamismus ist für die bundesdeutsche Verfassungsordnung gegenwärtig eine der größten Herausforderungen. Eine falsch verstandene Toleranz würde zu einer ernsthaften Bedrohung des inneren Friedens in Deutschland führen.

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU, dass sich die muslimischen Institutionen in Deutschland klar und eindeutig in Wort und Tat vom Islamismus abgrenzen. Nur wenn diese Abgrenzung entschieden und glaubwürdig vertreten wird, kann integrationsfeindlichen Entwicklungen vorgebeugt werden. Deshalb erwarten wir von den islamischen Verbänden und Bildungsträgern ein aktives und kompromissloses Bekenntnis zur grundgesetzlichen Ordnung und zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Das bedeutet z.B. auch die aktive Unterstützung der deutschen Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung des islamistischen Extremismus und Terrorismus. Wir erwarten, dass eine solche Position auch in allen islamischen Bildungseinrichtungen vermittelt wird. Wir plädieren für eine eindeutige Selbstverpflichtung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die sich auch in

demokratischen Binnenstrukturen und einer aktiven und transparenten Öffentlichkeitsarbeit niederschlagen sollte. Islamische Bildungseinrichtungen dürfen nicht der Erziehung zu einem Leben in abgeschotteten Parallelgesellschaften dienen, sondern müssen sich für die Mehrheitsgesellschaft öffnen.

Wir fordern, dass die deutschen Behörden besser in die Lage versetzt werden, islamistische Aktivitäten rechtzeitig zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Wenn der Verdacht besteht, dass sog. „Hassprediger“ in islamischen Gebets- und Versammlungsräumen volksverhetzende und antidemokratische Propaganda verbreiten, dann muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Druck auf die Moscheevereine und die dahinter stehenden Verbände gemacht werden, diese Hassprediger unverzüglich aus den Gemeinden zu entfernen und müssen solche Orte einer konsequenten Überwachung unterzogen werden. Dabei muss auch der § 130 StGB (Volksverhetzung) zur Anwendung kommen. Islamistische Geistliche und andere Aktivisten des Islamismus müssen - gemäß den im Zuwanderungsgesetz geschaffenen Möglichkeiten - unverzüglich abgeschoben werden. Wir fordern die Anlage einer bundesweiten Islamisten-Datei, die auf europäischer Ebene vernetzt ist. Islamistische Publikationen in türkischer oder arabischer Sprache in Zeitungen, Büchern und im Internet sind strikt zu überprüfen und wirksam zu sanktionieren.

7. Wir fordern alle muslimischen Organisationen zu einer klaren und unzweideutigen Absage an jede Form des islamistischen Fundamentalismus auf. Die Chancen für eine dauerhafte und nachhaltige Integration stehen gut. Wir müssen sie gemeinsam nutzen.“